

Elbkurier

Informationsblatt des **CDU-Kreisverbandes Magdeburg**

AUS DEM INHALT



Holger Stahlknecht:
Sicherheit ist ohne Frei-
heit wertlos! → 2

Gutes Programm und starkes
Team für Wahlen 2014 → 4

Koalitionsvertrag gute Grundlage
für stabile Regierung → 5



Abgeordnete machen
Druck beim Hoch-
wasserschutz → 8

KPV lädt ein zur Diskussion des
Wahlprogramms → 10



Junge Union
pokert im
Altenheim → 12

Kriegsgräber mahnen, Frieden ist
nicht selbstverständlich → 13



Löwen- und
Ottostadt weiter
eng verbunden → 14

CDU bekennt sich zu Sachsen-Anhalt als Heimat mit Zukunft Neues Grundsatzprogramm in Magdeburg verabschiedet

Nach mehr als eineinhalb Jahren war es soweit. Auf dem letzten CDU-Landesparteitag am 9. November im Magdeburger AMO verabschiedeten die Delegierten das neue Grundsatzprogramm der CDU Sachsen-Anhalt. Das Papier mit dem Titel „Heimat mit Zukunft“ löste das alte Grundsatzprogramm ab, welches immerhin aus dem Jahre 1992 stammte.

Die 13 Kapitel waren zuvor in Arbeitsgruppen, in den Landesfachausschüssen sowie in mehreren Regionalkonferenzen erarbeitet und diskutiert worden. Rund 160 Änderungsanträge zum Programmwurf bewiesen, dass sich die Mitglieder unserer Partei intensiv mit dem Thema beschäftigt haben. Darunter auch zahlreiche Anträge aus dem Kreisverband Magdeburg. So wurde gemeinsam mit der KPV erreicht, dass es einen eigenen Abschnitt zur Zukunft und Rolle der kreisfreien Städte gibt. In Anbetracht der zeit- und arbeitsintensiven Vorbereitung war dann die Schnelligkeit, mit der die Anträge und das Programm auf dem Parteitag behandelt wurden, zumindest fragwürdig. Dieser wichtige Tagesordnungspunkt wurde in weniger als 90 Minuten abgehandelt, obwohl eine umfassendere Debatte zu den verschiedenen Initiativen sicher nicht zum Nachteil gewesen wäre. Das Programm bildet schließlich die politische Genetik unserer Partei ab und das vermutlich für viele Jahre. Schlussendlich wurde das Grundsatzprogramm einstimmig beschlossen. Das Programm findet sich auch unter www.cdulsa.de.

Vor der Abstimmung hatte der Leiter der Antragskommission, der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende und Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, André Schröder MdL das Programm umfänglich vorgestellt.

Neben der Programmdebatte gab es noch zahlreiche weitere Redebeiträge. So machte der CDU-Landesvorsitzende Thomas Webel in seiner Rede deutlich, dass die Union zweifelsohne die Sachsen-Anhalt-Partei sei. Nicht zuletzt der Gewinn aller Bundestagsdirektmandate im Land durch die CDU-Kandidatinnen bzw. -kandidaten mache dies sehr deutlich. Bezogen auf das Land sprach er sich erneut mit allem Nachdruck für die Nordverlängerung der A14 sowie die Fortsetzung der notwendigen Sparanstrengungen aus.

„Unser Land in guten Händen – Wir gestalten Zukunft“ so der Titel der Rede des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt und Mitglied des CDU-Bundesvorstandes, Dr. Reiner Haseloff. Das neue Grundsatzprogramm biete den Mitgliedern der CDU Sachsen-Anhalt Werte und Orientierung und diene als Leitfaden für die künftige politische Arbeit, so der Ministerpräsident.

In seiner Rede „Starke Kommunen – Die Zukunft unserer Heimat“ formulierte der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende und Innenminister Holger Stahlknecht MdL den Anspruch der CDU, wieder die stärkste Partei bei den im kommenden Jahr stattfindenden Kommunalwahlen zu werden. *> lesen Sie weiter auf Seite 4*



Holger Stahlknecht: Sicherheit ist ohne Freiheit wertlos!

Elbkurier: Herr Stahlknecht, Sie sind seit mehr als zweieinhalb Jahren Sachsen-Anhalts Innenminister und tragen Verantwortung für Sicherheit und Ordnung in Sachsen-Anhalt. Wie steht es um diesen Markenkern der Union?

Stahlknecht: Ich stehe für eine ausgewogene Sicherheitspolitik. Wir leben in einem freien Land, in dem alle in Sicherheit leben können.

Elbkurier: Leider gibt es jedoch schwarze Schafe in der großen Herde ...

Stahlknecht: Das ist richtig. Deshalb ist das immer eine Gratwanderung. Mein Credo dazu lautet: Sicherheit ohne Freiheit ist wertlos, und Freiheit ohne Sicherheit ist nicht machbar!

Elbkurier: Wie können Sie mit diesem Grundverständnis den anhaltenden Personalabbau bei der Polizei vereinbaren?

Stahlknecht: Wir haben nicht zu wenig Polizei, wir sind nur viel zu kleinteilig aufgestellt. Deshalb setzen meine Maßnahmen beim Organisationsmanagement an. Die Polizisten müssen zu den Menschen.

Elbkurier: Wie wollen Sie das mit dem Rückzug aus der Fläche schaffen?

Stahlknecht: Ich möchte die verfügbaren Kräfte stärker konzentrieren. Damit entstehen Spielräume im Personaleinsatz. Ich will, dass wir mehr Kontaktbeamte haben, die näher an den Menschen sind.

Elbkurier: Die Gewerkschaft der Polizei hat Ihnen vor etwa einem Jahr bescheinigt, dass Magdeburg das hässlichste Polizeige-

bäude der Republik habe. Was tut sich da?

Stahlknecht: Wir haben uns als neuen Standort das ehemalige Altstadtkrankenhaus im Stadtzentrum ausgesucht. Es wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis der Umzug stattfinden kann, aber die Vorbereitungen zum Umbau laufen auf Hochtouren.

Elbkurier: Die Verfassungsmäßigkeit des neuen Polizeigesetzes wird von der Opposition bezweifelt. Um was geht es?

„Ich empfehle etwas mehr Demut beim Hochwasserschutz“

Stahlknecht: Die Polizei braucht die nötigen Mittel, um präventiv tätig werden zu können und Straftäter zu ermitteln. Die Bürger sind für Videoüberwachung, weil es sie schützen hilft. Und Sprengsätze können heutzutage mit Handys fern gezündet werden. Da ist es doch wohl legitim, in ganz bestimmten Ausnahmesituationen Handynetze kurzzeitig abzuschalten!? Ein weiterer Aspekt war die gesetzliche Erlaubnis, dass Verdächtige auch gegen ihren Willen auf ansteckende Krankheiten getestet werden dürfen, wenn sie Polizisten beißen und zurufen, sie seien krank. Es geht nicht um die angebliche Kriminalisierung ganzer Gruppen. Für mich ist die Verhältnismäßigkeit bei diesen Maßnahmen zweifellos gewahrt.

Elbkurier: Das gewaltige Hochwasser im Juni hat wieder einmal die große Bedeutung des



Innenminister mit Leib und Seele: Holger Stahlknecht im Gespräch mit Wilfried Köhler. Im Hintergrund Pressesprecherin Anke Reppin.

Fotos: Birgit Uebe

Katastrophenschutzes bewiesen. Was müssen wir aus dem Hochwasserereignis lernen? Sind wir für mögliche neue Katastrophen gerüstet?

Stahlknecht: Zunächst einmal muss ich klarstellen, dass im Katastrophenfall grundsätzlich die Landkreise und Kreisfreien Städte zuständig sind. Angesichts des ungeheuren Ausmaßes ist beim letzten Hochwasser erstmals der Krisenstab der Landesregierung einberufen worden, der vielfältige Maßnahmen koordiniert hat. Die Auswertung der Arbeit der Krisenstäbe beim Land und in den Landkreisen wird noch bis Januar 2014 dauern. Dann werden wir unsere Schlüsse ziehen.

Elbkurier: Mit welchen Schlussfolgerungen rechnen Sie?

Stahlknecht: Ich gehe davon aus, dass wir am Ende des Diskussionsprozesses eine Gruppe hoch spezialisierter Fachleute zusammen führen werden, die mit ihrem Spezialwissen die Verantwortli-

chen beraten.

Elbkurier: Der Stadtteil Rottensee ist völlig überraschend überflutet worden mit riesigen Schäden für Privatleute und die Infrastruktur. Wäre das vermeidbar gewesen?

Stahlknecht: Bei allen Erfolgen des Hochwasserschutzes empfehle ich etwas mehr Demut. Die Natur beherrscht den Menschen, nicht umgekehrt! Trotzdem werden Umweltminister Aikens und ich alles tun, um Leib und Leben zu schützen. Es werden Deiche erneuert, zusätzliche Polder und Retentionsflächen ausgewiesen. Aber wir können die Elbe nicht eintunneln.

Elbkurier: Kommen wir mal zu anderen Formen der Bedrohung. Die NSA-Affäre hat weltweit für Schlagzeilen gesorgt und die Menschen verunsichert. Was kann das kleine Sachsen-Anhalt hier tun?

Stahlknecht: Die NSA-Affäre hat gezeigt, dass Europa einen einheitlichen Datenschutz braucht. Das ist bis 2015 zu erwarten. Für den Umgang mit anderen Nationalstaaten ist der Bund zuständig. Hier ist einiges in Gang gekommen und wir müssen abwarten, was die Diplomatie erreicht.

„Für die NPD dürfen keine Steuergelder fließen.“

Elbkurier: In den Medien gab es die Forderung nach Einrichtung einer „Cyber-Polizei“. Was halten Sie davon?

Stahlknecht: Ganz klar, wir brauchen eine Cyber-Polizei. Die Internetkriminalität ist die Kriminalität der Zukunft. Darauf müssen wir uns einstellen. Deshalb habe ich ein „Cyber-Crime-Competence-Center (4C)“ eingerichtet mit hoch spezialisierten Fachleuten. Da ist



Sachsen-Anhalt gut aufgestellt.
Elbkurier: Was können die Spezialisten gegen diese virtuelle Kriminalität tun?

Stahlknecht: Wir haben Erfolge zu verzeichnen. Erst vor wenigen Wochen hat ein junger Hacker das Landesnetz fast lahmgelegt. Den konnten wir relativ schnell ausfindig machen und größeren Schaden verhindern. Im Bereich der Kinderpornografie haben unsere Fachleute schon vor einigen Jahren große Erfolge erzielt, die auch bundesweit für Anerkennung gesorgt haben.

Elbkurier: Im aktuellen Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit landete Sachsen-Anhalt auf dem letzten Platz beim Ausbau mit hochleistungsfähiger Breitbandversorgung. Soll so Internetkriminalität verhindert werden?

Stahlknecht: Beim Breitband hat unser Land eindeutig noch Nachholbedarf. Für mich zählt der Internetanschluss heute zur Daseinsvorsorge.

Elbkurier: ...wer ist denn zuständig?

Stahlknecht: Die Staatskanzlei.

Elbkurier: Wie stellt sich die Lage mit politischen Extremisten dar?

Stahlknecht: Ich bin froh, dass der NSU keine strategischen Beziehungen zu Sachsen-Anhalt hatte. Ich stehe für die Bekämpfung von Rechts- wie Linksextremisten.

Sachsen-Anhalt hat 2011 das Verbot der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht angeschoben.

Elbkurier: Wie stehen denn die Chancen?

Stahlknecht: Ich schätze die Chancen als recht gut ein, die NPD zu verbieten. Die Partei ist kämpferisch und steht außerhalb der Verfassung. Für solche Parteien dürfen keine Steuergelder fließen.

Elbkurier: Sachsen-Anhalt hat zwei Kreisgebietsreformen und eine umfassende Gemeindegebietsreform hinter sich. Haben wir nun stabile, leistungsfähige kommunale Strukturen?

Stahlknecht: Bei den Landkreisen haben wir hervorragende Strukturen. Bei den Gemeinden haben wir überwiegend gute Strukturen. Im Einzelfall haben wir Gemeinden, die so nicht hätten gebildet werden sollen, weil es sich um strukturschwache Gebilde handelt.

Elbkurier: Wie ist Ihre Einschätzung zu den Großstädten Magdeburg und Halle?

Stahlknecht: Mit mir wird es keine Eingemeindungen in die Oberzentren geben! Was ich da erlebe sind



ganz normale Rivalitäten und Eifersüchteleien zwischen benachbarten Kommunen. Da sehe ich keinen Handlungsbedarf.

Elbkurier: Aber Magdeburg bietet doch teure Einrichtungen wie das Theater und den Zoo, die auch von den Bürgern der umliegenden Gemeinden genutzt werden ...

Stahlknecht: Dafür erhält Magdeburg einen Veredlungsfaktor im Finanzausgleichsgesetz. Das gleicht diese finanziellen Belastungen aus.

„Aus den Ausländerbehörden von gestern müssen Willkommensbehörden für morgen werden.“

Elbkurier: Sie haben kürzlich zu einem „Einbürgerungsfest“ eingeladen. In der Einladung kam auch das Wort „Willkommenskultur“ vor. Was verstehen Sie darunter?

Stahlknecht: Für mich ist das eines der wichtigsten Themen in Deutschland. Die Welt ist in Bewegung. Wer sich dieser Welt entgegenstellt, versteht die Zeit nicht und verspielt ein Stück Zukunft. Wir dürfen nicht im gestrigen Denken verhaftet bleiben und sollten unsere Chancen sehen. Der Fachkräftebedarf in Deutschland steigt, deshalb müssen wir Zuwanderern das Gefühl geben, dass sie willkommen sind. Aus den Ausländerbehörden von gestern müssen in Zukunft Willkommensbehörden werden. Wir müssen begreifen, dass kulturelle Vielfalt unser Leben und unsere Gesellschaft bereichert – nicht nur beim Essen!

Elbkurier: Das hört sich nach einem langen Weg an. Welche Schritte müssen zuerst gemacht werden?

Stahlknecht: Menschen, die zu uns kommen, müssen die deutsche Sprache lernen, sie müssen unsere Verfassung akzeptieren und unsere Gesetze einhalten. Das ist die Basis. Und sie müssen zügig arbeiten dürfen, damit sie selbst für ihr Einkommen sorgen können.

Elbkurier: Die SPD will die doppelte Staatsbürgerschaft durchsetzen. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Stahlknecht: Sollte die doppelte Staatsbürgerschaft gesetzlich geregelt werden, müssen wir das Grundgesetz ändern. Wir müssen dann eine Möglichkeit schaffen, um unter bestimmten Umständen die Staatsbürgerschaft auch wieder entziehen zu können. Eine doppelte Staatsbürgerschaft kann bereits heute erhalten, wer innerhalb der EU wohnt. Für in Deutschland geborene Kinder von Migrantinnen muss das auch möglich sein.

„Im Sport lernen junge Menschen zu verlieren und mit Niederlagen umzugehen.“

Elbkurier: Herr Minister, Sie sind auch für Sport zuständig. Wie viele Sporttassen aus Sachsen-Anhalt werden in Sotschi auf dem Siebertreppchen stehen?

Stahlknecht: Ich glaube, die eine oder andere Medaille ist drin. Wir werden sehen.

Elbkurier: Wie ist die Entwicklung im Breitensport einzuschätzen?

Stahlknecht: Wir haben mit dem

neuen Sportfördergesetz viel erreicht. Der Landessportbund ist fast saniert und hat seine Selbstständigkeit wieder zurückbekommen. Wir konzentrieren uns auf die Sportarten Kanu und Rudern, Schwimmen, Leichtathletik und die Leistungszentren. Im Breitensport haben wir trotz engem Finanzrahmen keine Kürzungen vorgenommen.

Elbkurier: Warum ist der Breitensport so wichtig?

Stahlknecht: Im Sport lernen junge Menschen auch zu verlieren und mit Niederlagen umzugehen. Das ist wichtig fürs ganze Leben. Jedes Wochenende sind in Deutschland acht Millionen Ehrenamtliche für den Sport tätig. Das ist unglaublich toll!

Elbkurier: Wann wird der FCM in der 1. oder 2. Bundesliga spielen?

Stahlknecht: (lacht) Das müssen Sie Peter Fechner fragen. Das wäre natürlich eine schöne Sache ...

Elbkurier: Und der SCM?

Stahlknecht: Dem SCM fehlt noch ein Stück weit die Konstanz. Aber er hat sich nach schwierigen Phasen immer wieder hoch gerappelt und spielt guten Handball.

Elbkurier: Immer wieder kommt es zu schweren Krawallen in Fußballstadien. Wie lässt sich dem begegnen?

Stahlknecht: Wir werden diese Phänomene nie ganz beseitigen. Manchen Fans geht es leider nicht um den Sport. Mit der Einrichtung eines Runden Tisches gegen Gewalt im Fußball haben wir viel erreicht. Es hat sich eine gute Gesprächskultur entwickelt, die viel Positives bewirkt hat.

Elbkurier: Vielen Dank für das Gespräch.

Wilfried Köhler

Fortsetzung Seite 1: CDU bekennt sich zu Sachsen-Anhalt als ...

Die Verankerung der Union in den Kommunen mache u.a. die Tatsache deutlich, dass die CDU mehr Mandate in den Kommunen in Sachsen-Anhalt habe, als alle anderen Parteien zusammen.

Mit der Auswertung der Bundestagswahl und dem hervorragenden Abschneiden der CDU in Sachsen-Anhalt beschäftigte sich die stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Heike Brehmer MdB. Als neugewählte Vorsitzende der Landesgruppe im Deutschen Bundestag schilderte sie den aktuellen Sachstand der Koalitionsverhandlungen sowie die ersten Tage der neuen Wahlperiode.

Diesen Themenkomplex beleuchtete auch der erste parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU Bundestagsfraktion Michael Grosse-Brömer MdB. Er bot einen interessanten

Einblick auf die beginnenden Koalitionsverhandlungen mit der SPD.

Der Spitzenkandidat der CDU Sachsen-Anhalt für die Europawahl und JU-Landesvorsitzende Sven Schulze sprach zu den Delegierten zum Thema „Die Zukunft Europas gestalten“. Er machte klar, dass Europa mehr als ein Wirtschaftsraum sei, sondern als Wertegemeinschaft eine weitaus tiefere Verankerung besitze.

Während der Tagung wurden auch langjährige CDU-Mitglieder für ihre politische Arbeit ausgezeichnet. So die frühere Landwirtschaftsministerin Petra Wernicke und der ehemalige Innenminister Wolfgang Braun.

Es liegt nun an uns allen, das neue Grundgesetzprogramm durch unsere politische Arbeit mit Leben zu erfüllen.

Tobias Krull



Junge Union-Landesvorsitzender Sven Schulze, der erste parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Michael Grosse-Brömer MdB, die stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Heike Brehmer MdB, der CDU-Bundestagsabgeordnete Tino Sorge und der Kreisvorsitzende der CDU Magdeburg Tobias Krull.

Foto: Manuel Rupsch

Gutes Programm und starkes Team für die Kommunalwahlen 2014

„Magdeburg - mehr als eine Stadt“, so lautet der Titel des Entwurfs des Kommunalwahlprogramms, das der CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull am 19. November 2013 im Rahmen einer Gesamtmitgliederversammlung vorstellte. Das bisher 24-seitige Papier war in den vergangenen Monaten in den verschiedenen Gremien der Partei verfasst bzw. ergänzt worden. Krull betonte den Gestaltungswillen, den die Union zum Ausdruck bringen will. „Unser klares Ziel ist es, bei der Kommunalwahl 2014 stärkste politische Kraft in Magdeburg zu werden“, sagte der Kreisvorsitzende. Dieser Anspruch werde durch ein Programm, das alle politischen Themenfelder umfassend berücksichtigt, unterstrichen. Dennoch hob Krull die Bereiche Wirtschaft, Arbeit, Bildung, Infrastruktur und sichere Heimat als „wichtige Säulen“ hervor.

„Die Wirtschaftskraft Magdeburgs und die Arbeitsplätze entscheiden maßgeblich über die Zukunft der Stadt. Unternehmen sollen weiter wachsen, Investoren sollen sich ansiedeln und mit Forschungseinrichtungen vernetzen können, regional und überregional – das leistet Wirtschaftsförderung. Und das ist die Basis für eine Ottostadt Magdeburg, die im nationalen und internationalen Standortwettbewerb noch stärker und attraktiver ist“, heißt es dann auch im vorderen Teil des Programms.



CDU-Kreisvorsitzender Tobias Krull am 19. November während der Gesamtmitgliederversammlung.

Foto: Manuel Rupsch

Besonders unterstrich Krull die von der Hochschullandschaft inspirierte Innovationskraft der heimischen Wirtschaft: „Hier ist Magdeburg in Sachsen-Anhalt die Nr. 1. Damit dies so bleibt, hat die Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft in der nächsten Legislatur für uns Priorität.“ Gut bezahlte Arbeit in modernen Unternehmen sei zugleich ein wichtiger Haltefaktor für Menschen in der Region.

Bei der Infrastruktur sprach sich der Kreisvorsitzende für eine bessere Anbindung Magdeburgs an das Straßen- und Schienennetz aus. Die Nordverlängerung der A 14 und eine bessere Anbindung an das ICE-Netz der Deutschen Bahn bleiben oben auf der Agenda.

Auf leistungsfähigen Schulen,

optimale Betreuungsangebote für Kinder und moderne Sportstätten setzt die CDU unter anderem, wenn es gilt, das soziale Zusammenleben für die Menschen in Magdeburg attraktiv zu gestalten.

Krull sprach sich deutlich dafür aus, sich als CDU Magdeburg mit einem „breiten Angebot an kompetenten Kandidatinnen und Kandidaten den Wählern zu stellen“. Daher sei es wichtig, dass sich möglichst viele Mitglieder für eine Kandidatur zur Verfügung stellen. Angesichts „des hohen Maßes an Wissen und Erfahrung innerhalb der Union“ gab sich der Kreisverbandschef an dieser Stelle aber sehr optimistisch.

Auch Staatssekretär Dr. Klaus Klang aus dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr – u. a. als langjähriger Landeswahlleiter und ehemals zuständiger Abteilungsleiter ausgewiesener Kommunalexperte – ermutigte die anwesenden Mitglieder zur Kandidatur: „Kommunalpolitik agiert dicht bei den Menschen; Entscheidungen werden unmittelbar umgesetzt und man bekommt unmittelbar die Reaktionen auf sein Tun!“ Gleichzeitig erläuterte Dr. Klang einige rechtliche Grundlagen der Kommunalpolitik und wies darauf hin, wie man die Kontrollfunktion der jeweiligen Kommunalverwaltung am wirkungsvollsten ausübt. Krull und Dr. Klang kündigten an, die künftigen Kandidatinnen und Kandidaten auch mit Hilfe der

„Kommunalpolitischen Vereinigung der Union“ fit zu machen, um im besten Sinne des Wortes kompetente und engagierte „Partner der Bürger“ zu sein.

Zuvor gab der im September direkt gewählte Magdeburger Bundestagsabgeordnete Tino Sorge einen aktuellen Bericht zu den laufenden Koalitionsverhandlungen in Berlin. Die Gespräche zwischen Union und SPD im Bund seien schwierig, aber konstruktiv. Grundsätzlich bleibe er optimistisch.

Optimistisch äußerte sich auch der Kreisvorsitzende Krull zum Abschluss der Veranstaltung. „Wir haben einen guten Entwurf für unser Kommunalwahlprogramm. Dies werden wir in den nächsten Wochen innerhalb der Union – aber auch mit den Menschen in Magdeburg – intensiv beraten. **Antragschluss zum Kommunalwahlprogramm ist am 31.01.2014. Es ist einsehbar unter <http://www.cdu-magdeburg.de/upload/pdf/2013-11-20-Kommunalwahlprogramm.pdf>.** Der direkte Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern ist der beste Weg, um im Frühjahr ein breit akzeptiertes Programm endgültig zu beschließen.“ Gleichzeitig werden auch die Kandidatinnen und Kandidaten gewählt, die „als starkes Team für Magdeburg“ die Zukunft der Landeshauptstadt in den nächsten Jahren mitgestalten wollen.

Andreas Kern

Koalitionsvertrag gute Grundlage für stabile Regierung

Die Bundestagswahl am 22. September stellte eine Richtungsentscheidung dar. Nach einem starken Wahlkampf haben sich die Bürgerinnen und Bürger dafür entschieden, dass unser Land weiter durch eine unionsgeführte Bundesregierung gelenkt wird. Und die Bürgerinnen und Bürger haben eines ganz klar herausgestellt: Angela Merkel soll als Kanzlerin ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Auch die Magdeburger haben mit einem als historisch zu bezeichnenden Wahlergebnis dafür gestimmt, dass ich als direkt gewählter Abgeordneter unseren Wahlkreis erstmals seit 1990 wieder im Bundestag vertreten darf. Dies ist ein großer Vertrauensvorsprung und hat mich sehr gefreut.

Die Ersten Tage

Zum „Durchatmen“ blieb nach der gewonnenen Bundestagswahl keine Zeit. Sofort standen die ersten Termine als neugewählter Bundestagsabgeordneter an. Direkt nach der Wahl konstituierte sich die Landesgruppe Sachsen-Anhalt im Deutschen Bundestag. Es folgten Sitzungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die ersten Bundestagsitzungen. Neben vielen organisatorischen Dingen (Terminabstimmungen, Ausweise, Laptopenrichtung, Emailadressen etc.) bekamen wir neuen Abgeordneten provisorische Büros. Und provisorisch brachte es dabei auf den Punkt. Mit meinem Bundestagskollegen aus Anhalt-Bitterfeld, Kees de Vries, habe ich mir bis vor kurzem ein kleines Büro geteilt. Seit kurzem habe ich meine neuen Räume in fußläufiger Entfernung zum Reichstagsgebäude bezogen. Derzeit bin ich in Berlin auf Wohnungssuche, damit das ständige Pendeln und im Hotel aus dem Koffer leben während der Sitzungswochen ein Ende hat.

Mein Magdeburger Wahlkreisbüro wird von Fabian Herrmann geleitet und in Berlin unterstützt mich Antje Wimpler, eine gebürtige Magdeburgerin, die bereits langjährige Erfahrungen als Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag mitbringt.

Als direkt gewählter Abgeordneter ist es mir wichtig, so häufig wie möglich im Wahlkreis

zu sein, um die Menschen hier vor Ort zu treffen. Auch wenn es oft nicht einfach ist, sämtliche Terminanfragen unter einen Hut zu bringen, seien es Gremien der CDU, Vorträge, Gespräche oder Besuche bei Vereinen und Verbänden. So habe ich die Senioren-Union besucht, mit Berufsschülern diskutiert, war beim DGB, beim Baugewerbeverband und ich spreche mit den Medien.

Koalitionsvertrag

Die Bundestagswahl hat uns als Union zwar einen grandiosen Wahlsieg gebracht. Dennoch haben wir die absolute Mehrheit knapp verfehlt und die FDP kam nicht mehr in den Bundestag. Eine schwarz-grüne Koalition war in dieser Lage für mich durchaus denkbar. Doch es konnte in den Sondierungen keine diesbezügliche Annäherung erreicht werden. Das Wahlergebnis hat auch klar gezeigt, dass ein Großteil der Wähler für unser Land eine große Koalition aus Union und SPD präferieren. Doch nach einem Wahlkampf, in dem wir als Union für die Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition und die SPD ihrerseits für ein rot-grünes Bündnis gekämpft hatten, war es anfangs nicht einfach, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Bei den Gesprächen ging Gründlichkeit vor Schnelligkeit, so dass wir unter dem Strich mit dem Ergebnis zufrieden sein können. Zwar hätte ich mir gerade im wirtschaftlichen Bereich weniger Regulierungen gewünscht. Dennoch konnten wir viele unserer Anliegen durchsetzen. Die Vereinbarung schafft die Voraussetzungen dafür, dass Deutschland auch in den nächsten vier Jahren seinen Erfolgsweg fortsetzen kann und ist eine gute Grundlage für eine stabile Regierung unter Führung unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Wichtigster Punkt ist die Abwehr von Steuererhöhungen und die Vorgabe, im Bund ab 2015 keine neuen Schulden aufzunehmen. Mit der Mütterrente, der solidarischen Lebensleistungsrente und dem vollen Rentenanspruch nach 45 Beitragsjahren konnten einige Union-Wahlkampfschwerpunkte im Koalitionsvertrag verankert werden. Es ist geplant, in den kommenden Jahren eine abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren einzuführen, wenn

45 Jahre lang Beiträge eingezahlt wurden. Mütter, die vor 1992 Kinder bekommen haben, sollen bei der Rentenbewertung besser gestellt werden. Für Geringverdiener soll eine Rente von 850 Euro ab 2017 kommen. Beim Mindestlohn wurde die Vorrangigkeit von Tarifverträgen gestärkt und den Tarifparteien bis 2017 Zeit gelassen, neue Abschlüsse zu vereinbaren, bevor ein flächendeckender Mindestlohn kommt. Die Höhe des Mindestlohns soll regelmäßig von einer Kommission der Tarifpartner festgelegt werden und er soll nicht für Auszubildende und Praktikanten gelten.

Als Magdeburger Bundestagsabgeordneter freut es mich, dass Infrastruktur, Wissenschaft und Forschung im Koalitionsvertrag ganz oben auf der Prioritätenliste stehen. Drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen in Forschung und Entwicklung investiert werden. Deutschlandweit soll bis 2018 schnelles Internet zur Verfügung stehen. Das kommt besonders dem ländlichen Raum zugute. In die „herkömmliche“ Infrastruktur aus Straßen und Schienen wollen wir als Koalition weitere fünf Milliarden Euro investieren.

Die Optionspflicht bei der Staatenwahl für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder soll entfallen. Das ermöglicht es diesen Menschen, sich uneingeschränkt für die deutsche Staatsbürgerschaft zu entscheiden, ohne die Heimat ihrer Eltern aufgeben zu müssen. Diskriminierungen, Rassismus und Homophobie sollen mit einem „Nationalen Aktionsplan“ stärker bekämpft werden. Die Vorratsdatenspeicherung soll nach EU-Richtlinie umgesetzt werden, wobei der Zugriff auf diese Daten nur bei schweren



Straftaten sowie zur Abwehr akuter Gefahren für Leib und Leben möglich sein wird.

In der Energiepolitik wird es eine Deckelung beim Ausbau erneuerbarer Energien geben. Ein Ökostromanteil von 55 bis 60 Prozent soll bis 2030 erreicht sein. Die Förderung für Energieeffizienz sinkt von 500 auf 300 Mio. Euro. Damit soll die Energiewende für Verbraucher und Unternehmen bezahlbar bleiben.

In der Europapolitik soll der bisherige Kurs fortgesetzt werden. Dazu gehört auch ein klares Nein zu einer Vergemeinschaftung von Schulden oder die Einführung von Euro-Bonds. Gegenseitige Solidarität wird es nur Zug um Zug mit Reformen vor Ort geben.

Ausblick

Nach der Regierungsbildung werden auch die Ausschüsse des Bundestages besetzt werden. Bei der Ausschussbesetzung wird in Gesprächen mit den anderen Landesgruppen festgelegt, wie die genaue Ausschussbesetzung erfolgt. Dabei wird es darum gehen, dass wir als kleines Bundesland Sachsen-Anhalt möglichst breit aufgestellt sind. Ich strebe dabei den Gesundheitsausschuss und den Infrastrukturausschuss an, weil hier für die Menschen und die Unternehmen in unserer Region viele wichtige Entscheidungen getroffen werden.

Bei Fragen und Anliegen stehe ich Ihnen bzw. die Ansprechpartner in meinen Büros gern zur Verfügung.

Tino Sorge

Tino Sorge, Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 77 410 | Fax: 030 / 227 76 408
tino.sorge@bundestag.de

CDU-Abgeordnetenbüro Tino Sorge MdB

Fürstenwallstraße 17 | 39104 Magdeburg
Tel.: 0391 / 2549816 | Fax: 0391 / 2549811
tino.sorge.ma02@bundestag.de | www.tino-sorge.de

Mitgliederversammlung zeigte sich in Siegerlaune

Die Direktwahl des Bundestagsmandats durch Tino Sorge führte auch in der Mitgliederversammlung am 8. Oktober zu einer Festtagsstimmung unter den CDU-Mitgliedern. Was nach der Wende nur einmal, nämlich Dr. Klaus Mildner gelungen war, den Bundestagswahlkreis Magdeburg direkt für die CDU zu gewinnen, war nun dem Neuling souverän geglückt. Freilich war allen Mitgliedern bewusst, dass maßgeblich der starke Rückenwind aus Berlin zu diesem tollen Ergebnis beigetragen hatte, wie es der Kreisvorsitzende Tobias Krull einschätzte. „Die Bürger wünschen sich die Fortsetzung der erfolgreichen Politik von Kanzlerin Angela Merkel“, fasst Krull das großartige CDU-Ergebnis zusammen. „Die CDU hat in allen Regionen und bei allen Altersgruppen einen klaren Sieg errungen. Das muss auch bei den Koalitionsverhandlungen und bei der Verteilung der Posten berücksichtigt werden“, äußerte der Kreisvorsitzende seine Erwartungen.

Der frischgewählte Bundestagsabgeordnete Tino Sorge sprach allen Wahlkampf Helfern seinen Dank aus. Der gesamte Kreisverband habe mitgezogen, es habe durchweg eine positive Stimmung geherrscht, so dass aus dem Wahlkreis ein ständiger Rückenwind während des

Wahlkampfes spürbar gewesen sei. Er berichtete von seinen ersten Tagen auf dem Berliner Parkett und nannte es „eine aufregende und faszinierende Zeit“. Inhaltlich positionierte sich das junge Mitglied des Bundestages, dass es keine Steuererhöhungen geben dürfe, das sei eine Kernbotschaft der Union im Wahlkampf gewesen. „Unser Staat hat kein Einnahmeproblem! Wir müssen mit dem Geld auskommen, das wir einnehmen“, fasste er seine Auffassung dazu zusammen. Außerdem sei nach Ludwig Erhard Wirtschaftspolitik zu 50% Psychologie. Deshalb müssen Entscheidungen der Wirtschaft vermittelbar sein. Als mittelfristiges Ziel nannte Sorge, dass er mit kontinuierlicher Wahlkreisarbeit die Voraussetzungen schaffen wolle, um in vier Jahren den Wahlkreis wieder direkt zu gewinnen.

Der Fraktionschef im Stadtrat, Wigbert Schwenke, zog vor den Mitgliedern eine positive Bilanz der letzten vier Jahre Kommunalpolitik. „Dass Magdeburg zur mittelstandsfreundlichsten und dynamischsten Großstadt in Deutschland gewählt wurde, hat auch mit der guten Arbeit der Ratsfraktion der CDU/BfM und der hervorragenden Zusammenarbeit mit den beiden CDU-Beigeordneten, Reiner Nitsche und Klaus Zimmermann zu tun“, schätzte Schwenke die geleistete



Im Namen des CDU-Kreisverbandes gratuliert der CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull dem frischgewählten Bundestagsabgeordneten Tino Sorge zur Erringung des Direktwahlkreises.

Foto: Manuel Rupsch

Arbeit ein. Für die Kommunalwahlen legte Wigbert Schwenke die Latte auf 30 bis 35% der Stimmen. „Und wir wollen stärkste Fraktion werden“, zeigte er sich für die Stadtratswahlen am 25. Mai optimistisch. Angesichts der Siegerlaune war es nur konsequent, dass die Versammlung gleich drei junge Mitglieder neu

in ihre Reihen aufnehmen konnte. Die anschließenden Delegiertenwahlen erfolgten zügig und zeigten die große Sympathie für die ehemalige Wirtschafts- und Wissenschaftsministerin, Prof. Birgitta Wolff, die bei beiden Wahlgängen die jeweils höchste Stimmenzahl erreichte.

Wilfried Köhler

Sabine Wölfer zur Landesvorsitzenden der Frauen Union gewählt



Der frischgewählte Landesvorstand der Frauen Union Sachsen-Anhalt mit Sabine Wölfer (6.v.r.) an der Spitze.

Foto: Jana Lesniak

Am 12. Oktober 2013 stand ein Wechsel an der Spitze der Frauen Union Sachsen-Anhalt an. Die langjährige Landesvor-

sitzende Eva-Maria Wybrands verabschiedete sich nach 16 Jahren Arbeit an der Spitze um sich neuen Themengebieten zu-

zuwenden. In ihrer Rede betonte sie die schönen und manchmal auch schwierigen Zeiten ihrer Tätigkeit. Wichtig seien die Erfolge, die auch in Zukunft Bestand haben werden, wie beispielsweise das GAJL-Projekt. Die anwesenden Delegierten der Kreisverbände Sachsen-Anhalts verabschiedeten Eva-Maria Wybrands mit persönlichen Wünschen und dankten ihr für die jahrelange Arbeit. Doch so ganz ließen die Frauen ihre Vorsitzende dann noch nicht gehen und wählten sie einstimmig zur Ehrenvorsitzenden der Frauen Union Sachsen-Anhalt.

Danach erfolgte die turnusmäßige Neuwahl des Landesvorstandes der Frauen Union. Zur Wahl als neue Landesvorsitzende stellten sich die beiden Magdeburgerinnen Dr. Beate Bett-

ecken und Sabine Wölfer. Beide Frauen sind seit vielen Jahren in der CDU und Frauen Union engagiert. Im ersten Wahlgang wählten die anwesenden Delegierten dann Sabine Wölfer zu ihrer neuen Landesvorsitzenden. Diese bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen und kündigte eine weitere erfolgreiche Arbeit der Frauen Union Sachsen-Anhalt an.

Dem 15-köpfigen Landesvorstand gehören außerdem die Magdeburgerinnen Peggy Hommel als Schriftführerin und Dr. Beate Bettecken als Beisitzerin der Frauen Union Sachsen-Anhalt an. Unser Dank gilt auch Franziska Rothenberg, die aus persönlichen Gründen auf eine erneute Kandidatur für den Landesvorstand verzichtete.

Jana Lesniak

Rüdiger Jeziorski im OV Olvenstedt bestätigt



Der neu gewählte Vorstand des Ortsverbandes Olvenstedt von links: Christoph Wegmann, Rüdiger Jeziorski, Jana Lesniak und Herbert Umlauf.

Foto: Tobias Krull

Bei der turnusgemäßen Neuwahl des Vorstandes im CDU Ortsverband Olvenstedt wurde Rüdiger Jeziorski, nach zwei Jahren in diesem Amt als Vorsitzender wiedergewählt. Im Jahr 2011 übernahm er das Amt von der ehemaligen Stadträtin Uta Siedentopf.

Auch seine Stellvertreterin Jana Lesniak erhielt wieder das Vertrauen ausgesprochen. Mit den beiden Beisitzern Her-

bert Umlauf und Christoph Wegmann wird der Vorstand vervollständigt. Im Namen des CDU-Kreisvorstandes dankte der CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull dem Ortsverband und dem gesamten Vorstand, insbesondere dem alten und neuen Ortsverbandsvorsitzenden, für seine Arbeit. Der neue und alte Vorsitzende zog im Vorfeld der Wahl eine positive Bilanz über die zwei zurückliegenden Jahre.

So waren unter anderem die Landesminister Holger Stahlknecht MdL und Thomas Webel, der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion André Schröder MdL, die Staatssekretärin Anne-Marie Keding, der heutige Bundestagsabgeordnete Tino Sorge sowie der Vorsitzende der Ratsfraktion Wigbert Schwenke im Ortsverband zu Gast.

Mit dem benachbarten CDU-Ortsverband Ebendorf, dortiger Vorsitzender ist der Bundestagsabgeordnete Manfred Behrens, gab es ebenfalls sehr enge Kontakte und gemeinsame Aktionen, wie beispielsweise die gemeinsame Eröffnung des Radweges zwischen Ebendorf und Alt-Olvenstedt beweist. Der Ortsverband ist auch im Stadtteil sehr präsent, zum Beispiel als Spielplatzpate am Bruno-Beyer-Ring und bei den Einsätzen im Rahmen der Aktion „Magdeburg putzt sich“.

Rüdiger Jeziorski stimmte seine Mitsreiter im Ortsverband in seinen Abschlussworten auf zwei arbeitsreiche Jahre mit Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl ein. red.

Stefan Hörold bleibt Vorsitzender im Süden

Auch die Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Magdeburg-Süd wählten im Herbst einen neuen Vorstand. Als Vorsitzender wurde der Fachbereichsleiter beim Landesbetrieb Bau Sachsen-Anhalt Stefan Hörold (38 Jahre) wiedergewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden Julia Steinecke und Stadtrat Frank Schuster gewählt. Das Amt des Schriftführers übernahm Sven Breiter. Als Beisitzer gehören Denis Rothhardt, der Bundestagsabgeordnete Tino Sorge sowie Marko Thiele dem neuen Vorstand an.

Der neue und alte Vorsitzende Stefan Hörold erklärte zur weiteren Arbeit: „Wir wollen als Ortsverband weiter für die Bürgerinnen und Bürger als Ansprechpartner für ihre Probleme und Hinweise zur Verfügung stehen. Wir können zwar nicht in jedem Fall entsprechende Abhilfe schaffen, aber so manches Problem konnte bereits erfolgreich gelöst werden. Dabei hat sich die Zusammenarbeit mit unserem Landtagsabgeordneten Dieter Steinecke sowie den beiden Stadträten Gunter Schindehütte



Der Vorstand des CDU-Ortsverbandes Magdeburg-Süd von links: Stadtrat Frank Schuster, Tino Sorge MdB, Julia Steinecke, der wiedergewählte Ortsverbandsvorsitzende Stefan Hörold, Marko Thiele, Sven Breiter und Denis Rothhardt.

Foto: Tobias Krull

und Frank Schuster besonders bewährt.“

Der anwesende CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull dankte dem Ortsverband, insbesondere dem Vorstand, für seine bisherige Arbeit. Dabei zeigte er sich beeindruckt von der Vielzahl der Veranstaltungen, die vor Ort organisiert wurden. Angefangen

über Infoveranstaltungen wie u.a. zum Thema Winterdienst, über freiwillige Arbeitseinsätze im Rahmen der Aktion „Magdeburg putzt sich“ bis hin zu Veranstaltungen mit den Landesministern Holger Stahlknecht MdL (Inneres und Sport) und Thomas Webel (Landesentwicklung und Verkehr). Tobias Krull

Termine

Januar

18.01.2014, 12.00-17.00 Uhr
Meile der Demokratie

27.01.2014, 18.00 Uhr
Neujahrsempfang des CDU-Kreisverbandes Empfangsräume des Hauptgebäudes der Stadtparkasse Lübecker Straße 126

29.01.2014, 18.00 Uhr
Neujahrsempfang des CDU-Landesverbandes Kongress- und Kulturzentrum Ständehaus in Merseburg

Februar

22.02.2014, 10.00 Uhr
Gesamtmitgliederversammlung Aufstellung der Kommunalwahllisten und Verabschiedung des Kommunalwahlprogramms Maritim-Hotel, Otto-von-Guericke-Str. 87

April

05.04.2014
CDU-Landesausschuss in Merseburg

Mai

25.05.2014
Europa- und Kommunalwahlen im Wahllokal ihres Vertrauens

Impressum

Herausgeber: CDU-Kreisverband
39104 Magdeburg
Fürstenwallstr. 17
Tel. 0391 2549812
e-mail: cdu@magdeburg.de

Redaktion:
Wilfried Köhler (V.i.S.d.P.)
Tobias Krull, Andreas Kern,
Manuel Rupsch
Layout/Satz: Birgit Uebe,
Medien- und Fotografiedesign

Druck: agentur frische ideen
Auflage: 1.500 Exemplare
Erscheinungsweise:
viermal jährlich

Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht grundsätzlich die Meinung der Redaktion wieder.

EU-Fördermittel sollen jungen Menschen Perspektiven bieten

Auf Einladung des Vereins „Bürger Europas“ sprach Bundestagsabgeordneter Tino Sorge vor Berufsschülern an der Bbs I „Eike von Repgow“ über die Investitionspolitik in Sachsen-Anhalt. Thorsten Kroll, Leiter der EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF in Sachsen-Anhalt, informierte über die europäischen Strukturfonds.

In der kommenden EU-Förderperiode von 2014 bis 2020 werden durch europäische Strukturfonds etwa zwei Milliarden Euro nach Sachsen-Anhalt fließen. Der Schwerpunkt liege dabei auf Bildung und Forschungsprojekten. Die Verzahnung der regionalen Unternehmen mit Schulen und Hochschulen solle ausgeweitet werden. Schüler sollen mehr Einblick in die Unternehmen erhalten, um sich ihre berufliche Perspektive in Sachsen-Anhalt zu finden. Außerdem müsse die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung an den Hochschulen im Land noch mehr in Produkte regionaler Unternehmen umgesetzt werden. Mit den Impulsen aus europäischen Fördermitteln sollen die Betriebe vor Ort innovativer und wissensbasierter werden und somit auch Studienabsolventen attraktive Arbeitsplätze in unserer Region bieten.

Abgeordneter Tino Sorge riet den Schülern, die europäischen Freiheiten zu nutzen, um sich im Ausland umzusehen und Erfahrungen zu sammeln. Doch auch in unserem Bundesland gäbe es tolle Jobs und Perspektiven. Die Nachfrage nach Fachkräften steige und den jungen Leuten stünden heute viele Wege offen. Aufgabe der Politik sei es dabei, günstige Rahmenbedingungen durch eine moderne Infrastruktur zu schaffen, dass sich die Wirtschaft gut entwickeln könne und die Region für die Menschen attraktiv sei.

Fabian Herrmann

Abgeordnete machen Druck beim Hochwasserschutz

Die Magdeburger Landtagsabgeordneten Wigbert Schwenke und Jürgen Scharf sowie der Bundestagskandidat Tino Sorge besuchten im September den Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn für das Land Sachsen-Anhalt. Im Gespräch mit Alexander Kaczmarek wurden Themen wie die ICE-Anbindung in Magdeburg, der Tunnelausbau und die Erneuerung des Magdeburger Hauptbahnhofs besprochen.

2015 sollen die Bahnsteige im Magdeburger Hauptbahnhof erneuert werden. Dazu werden auch moderne Aufzüge gebaut. Die Deutsche Bahn investiert nach den Worten Kaczmareks in den nächsten Jahren in Sachsen-Anhalt fast eine Milliarde Euro. Desweiteren ist die Deutsche Bahn mit 7500 Arbeitnehmern der größte Arbeitgeber in Sachsen-Anhalt.

Der Bahn-Vertreter wies darauf hin, dass die Bahn eine große Vielfalt von Anforderungen und Auflagen bewältigen müsse. Das Hochwasser im Juni habe auch bei der Deutschen Bahn enorme Schäden hinterlassen. Daher stelle sich die Frage, wie das Land zukünftig vor den verheerenden Folgen des Hochwassers besser geschützt werden könne?

Vor diesem Hintergrund besuchten der Bundestagsabgeordnete Tino Sorge und die Abgeordneten des Landtages Jürgen Scharf, Wigbert Schwenke und Dieter Steinecke am 21. November den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft in Magdeburg. Dabei ging es um den Einsatz



der Investitionshilfemittel für den Hochwasserschutz und wie schnell diese Gelder in konkrete Baumaßnahmen fließen könnten. Burkhard Henning, Leiter des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft, informierte die Abgeordneten über den aktuellen Sachstand.

In einer ersten Reaktion mahnte Jürgen Scharf pragmatischere Lösungen bei der Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen an: „Das Kabinett beschließt Maßnahmen, aber der Landesbetrieb muss für die Ausführung nicht nur über die Gelder, sondern auch über das erforderliche Personal verfügen können.“ Es gelte hier die parlamentarische Kontrolle auszuüben, um die Umsetzung des Hochwasserschutzes zu gewährleisten.

„Der Hochwasserschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von der Bundesebene, über die Länder bis direkt in die Kommunen hinein die Akteure vor Herausforderungen stellt, die nur gemeinsam gelöst werden können“, mahnte Tino Sorge eine bessere Abstimmung der verschiedenen Ebenen

und Verantwortungsträger an.

Dieter Steinecke hob hervor, dass die Arbeit des Landesbetriebes nicht durch bürokratische Hemmnisse behindert werden dürfe. So muss bei Einstellungen ein gewisser Entscheidungsspielraum des Landesbetriebes vorhanden sein. Bisher könne man nicht einmal einen Studenten aushilfsweise an einer Schleuse beschäftigen, ohne dass jedes Mal der Finanzminister mitregiert. Als Fraktionsvorsitzender im Stadtrat betonte Wigbert Schwenke die Wichtigkeit von klaren Zuständigkeiten an Wasserwegen. Denn es gäbe Orte, da ist für einen Brückenpfeiler das Land und für den anderen Pfeiler die Stadt zuständig. Das sei inakzeptabel.

Schnelles Handeln mahnte auch Burkhard Henning an, der von einer Bürgerversammlung in Fischbeck berichtete, wo dringend schnelle Hilfe gefordert wurde. Es sei richtig, dass Planung und Bau ihre Zeit brauchen, aber vor Ort messen die Menschen den Erfolg daran, wie schnell die Bagger rollen können, um die Schutzbauten zu verstärken.

Manuel Rupsch/Foto: Fabian Herrmann

Bedeutung der Außenpolitik für die Wirtschaft

Der außenpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion und Mitglied des CDU-Präsidiums Philipp Mißfelder MdB sprach Anfang September in Magdeburg

zur Rolle der Außenpolitik für die Wirtschaftsnation Deutschland. Die Veranstaltung fand im Autohaus Schubert in Magdeburg-Sudenburg statt und auch der

Geschäftsführer Torsten Schubert selbst war anwesend. Neben ihm füllten Vertreter der Wirtschaft, von Verbänden aber auch aus der Politik den Veranstaltungsraum bis auf den letzten Platz.

Dabei scheute Philipp Mißfelder MdB, der auch Bundesvorsitzender der Jungen Union ist, nicht vor offenen Worten zurück. So in Fragen des Syrienkonfliktes oder der Fähigkeit der Türkei Mitglied der Europäischen Union zu werden.

Einen wichtigen Teil nahmen die Frage und Antworten auf die Zukunft der Mittel- und Osteuropäischen Staaten ein. Gerade auch für unsere Region sind die Länder wichtige Partner mit viel Potential, auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Tobias Krull/Foto: Fabian Herrmann



Entwicklung des Zoos verspielt

Es war zu erwarten, dass es zu Klagen gegen die geplanten Investitionen im Magdeburger Zoo kommt. Auch beim Neubau eines Elefantenhauses ist vermutlich damit zu rechnen. Genau das war auch der Grund dafür, dass die Fraktion CDU/BfM vor Jahren beantragt hatte, nicht in ein beklagtes Gebiet Millionen zu investieren, sondern die notwendigen Investitionen für eine zukunftsfähige Zooentwicklung auf dem Gebiet der ehemaligen Bundesgartenschau zu realisieren. Damit wäre die Stadt in der Lage gewesen, zwei Parks aus Kostengründen in einem zu betreiben.

Die Riesensumme für die „Zoowelle“ hätte in weitere neue Anlagen fließen können, da mit den Tessenow-Garagen ausgezeichnete Räume zur Verfügung gestanden hätten. In den Vogelgesangpark wären keine Eingriffe erfolgt, die Straße „Am Vogelgesang“ brauchte nicht gesperrt werden und hätte den Bürgern weiter zur Verfügung gestanden. Das Geld für die behindertengerechte Straßenbahnhaltestelle hätten wir uns auch sparen können, denn die gibt es im Elbauenpark schon seit Jahren. Gleiches

gilt für die Parkplätze, die an der Straße zum Vogelgesang neu entstehen. Diese Mittel hätten auch in den neuen Zoo investiert werden können, da am Elbauenpark sehr schöne begrünte Parkplätze vorhanden sind.

Nach dem vollständigem Umzug in den Elbauenpark wären aus den alten Zooflächen begehrte Eigenheimparzellen zu entwickeln gewesen, deren Verkauf erheblich den Umzug des Zoos mitfinanziert hätte. Über den Abverkauf hätte es bei der Lage zwischen Vogelgesangpark und Neustädter See keine Zweifel gegeben.

Mit dem neuen Zoo in den Elbauen, mit Jahrtausendturm, Spaßbad und Panoramabahn wären wir gegen Leipzig und Hannover konkurrenzfähig gewesen. Ob uns das auch mit dem jetzigen Zoo gelingt, wage ich zu bezweifeln. Der Besucherrückgang und die damit verbundenen Einnahmeverluste sprechen Bände. Schade, dass aus nicht nachvollziehbaren Gründen solche guten Anträge abgelehnt werden. Die „Ablehner“ sollten sich aber nun für die entstehenden Mehrkosten verantwortlich fühlen.

Hubert Salzborn, Stadtrat

Wahlversprechen gehalten: Zum Kegeln im Demenzzentrum



Bereits zum zweiten Mal kegelte Tino Sorge MdB mit den Bewohnern des frisch sanierten Magdeburger Demenzzentrums um die Wette und löste damit ein Wahlversprechen ein.

„Zum 100. Geburtstag einer Bewohnerin war ich bereits zum Kegeln hier und habe versprochen, dass ich nach der Wahl wiederkomme. Es wäre schön, wenn daraus eine Tradition werden könnte.“, sagte Tino Sorge.

Der Abgeordnete musste

sich dann auch mächtig ins Zeug legen, um mit den geübten und rüstigen Wettkämpferinnen und Wettkämpfern mithalten zu können. Nach drei Durchgängen errang er einen ehrenwerten zweiten Platz, so dass der Pokal diesmal bei den Bewohnern geblieben ist.

Leiterin Christel Dost und die Heimbewohner freuten sich sichtlich über den prominenten Besuch und das gehaltene Versprechen.

Foto/Text: Fabian Herrmann

Lassen Sie auch in den nächsten Jahren die Kälte vor Ihrem Haus!

Gedämmte Häuser helfen Ihnen dabei.



Maler Zahn GmbH

039200 40000



**MALER UND LACKIERER
FÜR SCHÖNHEIT UND SCHUTZ**



Ihr Partner für Schönheit und Schutz
39245 Gommern | Brauhausstr. 24 | www.maler-zahn.de

KPV lädt zur Diskussion des Kommunalwahlprogramms ein

Der Koalitionsvertrag für die neue Legislatur im Bund wird von der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU begrüßt. Mehrere Vertreter äußerten ihre Genugtuung über das Ergebnis der Verhandlungen aus Sicht der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU.

Es ist gelungen wichtige Aufgaben der Kommunen zu fixieren. Der Vertrag unterstreicht die bundespolitische Bedeutung der kommunalen Belange. Wichtige Gremien, wie der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Städtetag oder der Verband kommunaler Unternehmen begrüßen den Vertrag.

Wir wollen in Magdeburg an die erfolgreiche Kommunalpolitik der CDU und CSU anknüpfen und mit dem Programm der CDU für Magdeburg Akzente in der Kommunalpolitik für unsere Landeshauptstadt in den Jahren 2014-2019 setzen. Den Entwurf wollen wir in der KPV in den kommenden Monaten verstärkt mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt diskutieren.

Wir laden deshalb Interessierte ein, in den Veranstaltungen im Dezember und im Januar/Februar mit uns gemeinsam das Programm der CDU für die Kommunalwahlen im kommenden Jahr zu diskutieren.

Auf den Internetseiten des CDU Kreisverbandes Magdeburg, www.cdu-magdeburg.de, finden Sie den Entwurf des Programmes und die Termine für die Diskussion in der KPV. Schauen Sie ganz einfach mal vorbei und äußern Sie Ihre Gedanken zum Kommunalwahlprogramm oder schreiben Sie an die KPV der CDU in Magdeburg. Jede Ihrer Gedanken wird in unsere Diskussion aufgegriffen werden und bis zur Beschlussfassung des Programmes am 22. Februar 2014 diskutiert werden.

*Reinhard Stern
Vorsitzender KPV Magdeburg*

Ralph Tyszkiewicz feierte runde Jahrestage



Zahlreiche Gäste waren zum mehrfachen Jubiläum von Ralph Tyszkiewicz (2. von rechts) erschienen, auch der Oberbürgermeister gehörte zu den Gratulanten. *Foto: privat*

Seinen 60. Geburtstag feierte das langjährige CDU-Mitglied und Geschäftsführer der städtischen Wirtschaftsservicegesellschaft GWM, Ralph Tyszkiewicz, am 20. Oktober 2013. Da dieses Ereignis mit anderen Jubiläen seines Arbeitslebens fast zeitgleich zusammenfiel – nämlich rund 20 Jahre Arbeit für die Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg mbH und davon wiederum 10 Jahre als deren Geschäftsführer – war dies Anlass für ihn, zu

einem Geburtstagsempfang einzuladen. Deshalb wurde an seiner langjährigen Wirkungsstätte, dem Gewerbezentrum Berliner Chaussee in Magdeburg, am 21. Oktober zünftig gefeiert.

Neben dem Oberbürgermeister und natürlich vielen Mitgliedern der CDU-Ratsfraktion, der er bis 2003 angehörte, waren zahlreiche Geschäftspartner und -freunde der Einladung gefolgt.

Der Bitte von Ralph Tyszkiewicz,

anstelle von Geschenken eine Geldspende zugunsten der deutschen Sektion von „Ärzte ohne Grenzen“ zu leisten, wurde rege entsprochen und so konnte er als Zwischenergebnis vermelden, dass bereits rund 1.500 Euro auf dem Spendenkonto dieser humanitären Hilfsorganisation eingegangen waren.

Auch dafür bedankte sich der Jubilar sehr herzlich bei allen Gratulanten!

Tobias Krull

Fundamente der Ulrichskirche freilegen

Es ist sehr erfreulich, dass die Stadtratsfraktionen von CDU, Grünen und FDP das Thema Ulrichskirche wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückt haben. Der interfraktionelle Antrag dazu trägt den Titel „Unterstützung Suchschachtung Ulrichskirche“. Darin heißt es: „Der Stadtrat möge beschließen: Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg unterstützt das Anliegen des Kuratoriums Ulrichskirche e.V., eine Suchschachtung zur teilweisen Freilegung der Fundamente und der Unterkirche der Ulrichskirche, inkl. Restaurierung/Konservierung der entsprechenden Funde, durchzuführen.“ Der Antrag ist in der Stadtratssitzung am 7. November an mehrere Ausschüsse zur Beratung überwiesen worden.

Oberbürgermeister Lutz Trümper hat sich schon wieder öffentlich gegen das Projekt ausgesprochen. Er war es auch, der dem visionären Vorhaben des Vereins, die Ulrichskirche im

Stadtzentrum wieder zu errichten und eine neue geistige Mitte zu schaffen, ein vorläufiges Ende gesetzt hat. Mit dem erzwungenen verfrühten Bürgerentscheid hatte die tolle Initiative von unten keine reelle Chance, das geschichtlich sehr gut fundierte Projekt der Mehrheit der Magdeburger verständlich zu machen und konzeptionell wie finanziell vorzubereiten. Das darf nun bei dem jetzigen Vorschlag, wenigstens die Grundmauern der historischen Kirche wieder freizulegen, nicht noch einmal geschehen.

Magdeburg hat eine große und reiche Geschichte. Die gilt es sichtbar zu machen und für die Identität der Menschen mit ihrer Stadt und für die internationale Werbung zu nutzen. Das gilt für Magdeburg als Stadt Ottos des Großen ebenso wie für die Festungsstadt Preußens und die Stadt des Magdeburger Rechts. Es gilt aber ebenso für Magdeburg als Stadt des Glaubens, als

Speerspitze der Reformation und als „Unser Herrgotts Kanzlei“. Hat Magdeburg für dieses Glaubenszeugnis nicht 1631 viel zu viel gelitten, als dass wichtige Zeugnisse dieser Zeit nach dem Willen verblendeter kommunistischer Machthaber für immer vom Stadtbild und aus dem Gedächtnis getilgt bleiben sollen?

Was für eine Bastion Cleve für die Festungsgeschichte möglich und richtig war, sollte für das viel ältere und wesentlich bedeutsamere bauliche Zeugnis der Ulrichskirche allemal ermöglicht werden. Das große Lutherjahr 2017 muss auch in Magdeburg seinen Niederschlag finden. Wenn nicht in der Wiedererrichtung der in den 50er Jahren völlig sinnlos gesprengten Kirche, dann wenigstens durch die Freilegung der Grundmauern. Diesem kleinen Kompromiss mit den Freunden der Ulrichskirche sollten sich das Stadtoberhaupt und weitere Verantwortliche nicht verweigern. *Wilfried Köhler*

„Wir sind das Volk!“ - 10 Jahre stolzes Bürgerdenkmal am Dom



Die Stadt Magdeburg hatte zum 9. Oktober zu einer Gedenkveranstaltung anlässlich des 10jährigen Jubiläums der Einweihung des Magdeburger Bürgerdenkmals eingeladen. Die Bedeutung dieser Feier wurde noch hervorgehoben durch die Teilnahme des Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff, des Landtagspräsidenten Detlef Gürth, des Oberbürgermeisters Dr. Trümper und des Dompredigers Gieselher Quast als Redner.

In ihren Reden erklärten sie übereinstimmend, dass die „Friedliche Revolution“ in die Geschichte Deutschlands als bedeutendstes positives Ereignis eingegangen sei. Denn als im Herbst 1989 die seit Jahrzehnten in Unfreiheit lebenden Bürger der DDR nach ihrem ersten erfolglosen Aufstand im Jahre 1953 es wieder wagten aufzubegehren und trotz der aufmarschierten Staatsmacht friedlich, mit brennenden Kerzen in den Händen als Montagsdemonstranten auf die Straße gingen und mit ihren Rufen „Wir sind das Volk“ das DDR-Unrechtssystem hinwegfegten, bewegten sie auch die Welt.

Mit dem Fall der Mauer an der

deutsch-deutschen Grenze, an der sich die hochgerüsteten Armeen der beiden antagonistischen Weltmächte gegenüber standen, waren die Voraussetzungen gekommen, dass auch der „Eiserne Vorhang“ sich hob und das festgefügte Feindbild ins Wanken geriet. Ein allmählich einsetzender Prozess vertrauensbildender Maßnahmen wurde möglich und führte zur Beendigung des „Kalten Krieges“. Damit war die Menschheit vom über ihr schwebenden Damoklesschwert eines alles vernichtenden Atomkrieges befreit.

Diese nationalen und internationalen friedensbringenden Auswirkungen der „Friedlichen Revolution“ dürfen die Deutschen zu Recht mit ein wenig Stolz erfüllen, denn die „Friedliche Revolution als Hohes Gut“ des geeinten Deutschlands bildete auch die Grundlage des Vertrauens der Völker für die Aufnahme Deutschlands als geachtete Nation in die Gremien der Völkergemeinschaft.

Trotzdem brachten alle Redner zum Ausdruck, dass bei aller Freude über gewonnene Freiheit und Wiedervereinigung nicht zu übersehen war, dass die Umge-

staltung eines ganzen sozialistischen Landes und Überführung in eine freiheitliche-demokratische Gesellschaftsordnung auch zu Friktionen und Härten im Alltag des einzelnen Bürgers durch die Umgestaltung seiner kompletten Lebensverhältnisse führten und für den Staat enorme finanzielle Belastungen nach sich zogen.

Die durch die Treuhand durchzuführende Deregulierung der im Weltmaßstab nicht mehr konkurrenzfähigen DDR-Wirtschaft führte zu millionenhaften Verlusten von Arbeitsplätzen und dadurch erzwungenen Wanderungsbewegungen, die von der ehemaligen Bevölkerung der DDR mit bewundernswerter Disziplin ertragen wurde, aber verständlicherweise auch zu Unzufriedenheit und Klagen führten, man sprach damals schon vom deutschen Osten von einem Jammertal.

Für das Kuratorium war dies einer der Beweggründe zur Errichtung des Bürgerdenkmals. Es sollte der Bevölkerung ihre ersehnte und durch eigene Leistung errungene Freiheit und demokratischen Grundrechte wieder mehr ins Bewusstsein rücken und ihren

Optimismus wecken.

Das Bürgerdenkmal, geschaffen vom bayrischen Künstler Norbert Zagel in der Ausdrucksform unserer modernen Zeit, stellt eine doppelteilige Stele dar, als Sinnbild der beiden unvereinbaren Teile Deutschlands aus deren Mitte aber vereint das Licht herausbricht, als Ausdruck der Gedanken, des Sehnsens und Fühlens der Menschen aus beiden Teilen Deutschlands.

Errichtet am authentischen Ort vor Dom und Domplatz, auf dem die „Friedliche Revolution“ in Magdeburg kulminierte, soll es ein Ort der Ehrung der tapferen Montagsdemonstranten sein, aber auch ein Ort des Gedenkens an die Opfer des DDR-Regimes. Es hat sich eingebürgert, dass hier zum „Tag der Einheit“ Gedenkveranstaltungen stattfinden aber dass auch zu anderen Tagen politische Veranstaltungen stattfinden.

Das Gebet von Domprediger Quast als Dank für das Gelingen der „Friedlichen Revolution“ und dem Wunder der Vermeidung jeglicher Opfer, bildete den würdigen Abschluss dieser Feier.

Rudolf Evers

22. Magdeburger Rathausfest

Die Magdeburger Stadtratsfraktionen präsentieren sich traditionell beim Rathausfest. Am Stand der Fraktion CDU/Bund für Magdeburg gab es auch in diesem Jahr wieder regen Andrang und viele Gespräche. Im Bild rechts informierte sich eine Besuchergruppe aus Le Havre, die u.a. von Stadtrat Bernd Reppin begleitet wurde, über die Arbeit im Rathaus. Gerade nach der Bundtagswahl und im Vorfeld der Kommunalwahl 2014 ergaben sich viele interessante Diskussionspunkte. Vor allem die Themen Kinderbetreuung, Infrastruktur und Stadtentwicklung standen dabei im Mittelpunkt.



Glühweinaktion für guten Zweck



Auch in diesem Jahr führten die Gastro Konzept Magdeburg GmbH und die Junge Union Magdeburg am 4. Dezember einen Glühweinverkauf für den guten Zweck durch. In diesem Jahr wurde für zwei Projekte gesammelt. Zum einen für den Förderverein für das Blutspendewesen Magdeburg e.V. und zum anderen für den Verein schwerstkranker Kinder und ihrer Eltern e.V.

Tobias Krull/Foto: Fabian Herrmann

JU pokert im Altenpflegeheim



Für die Junge Union ist ein gutes Miteinander der Generationen nicht nur graue Theorie, sondern vor allem gelebte Praxis. Den 8. Magdeburger Freiwilligentag am 14. September nahmen deshalb zahlreiche JU'lerinnen und JU'ler, aber auch der CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull zum Anlass, um sich zum wiederholten Male im Altenpflegeheim Olvenstedt zu engagieren. Nachdem im letzten Jahr ein Sinnespfad errichtet wurde, standen dieses Jahr ein Vormittag lang diverse Karten- und Brettspiele und geselliges Miteinander der Generationen auf dem Programm. Beim Schach, Rommé oder Skat, ja selbst beim Poker hatten Alt und Jung ihren Spaß. Da nicht um Geld gespielt wurde, obwohl insbesondere die Damen vom Poker-Tisch dies mehrfach anregten, kannte der Freiwilligentag im Altenpflegeheim keine Verlierer, sondern nur Gewinner. Der Vormittag verging wie im Flug, Politik spielte einmal – knapp eine Woche vor der Bundestagswahl – keine Rolle und die JU verabschiedete sich mit einem ernst gemeinten und freudig angenommenen: „Bis zum nächsten Jahr!“.

Mathias Bethke
JU-Kreisvorsitzender

Wir gratulieren recht herzlich

im Oktober zum

85. Geburtstag Günter Schwenke
80. Geburtstag Dr. Walter Remmers
76. Geburtstag Hans-Dieter Haake
75. Geburtstag Adolf Kirschner
75. Geburtstag Horst Luding

74. Geburtstag Horst Seifert
71. Geburtstag Rolf Frommhagen
71. Geburtstag Lothar Melzer
70. Geburtstag Beate Bautz
70. Geburtstag Dr. Jürgen Siebert
66. Geburtstag Prof. Dr. Christof Huth

im November zum

87. Geburtstag Ursula Sens-Schönfelder
83. Geburtstag Heinz Liese
75. Geburtstag Wilfried Bautz
74. Geburtstag Erika Erndt

69. Geburtstag Rita Menz-Schüler
69. Geburtstag Gunter Schindehütte
66. Geburtstag Eckard Meyer
65. Geburtstag Ullrich Berkling
65. Geburtstag Wolfgang Heinrichs

im Dezember zum

83. Geburtstag Isolde Scholz
83. Geburtstag Gerhard Janke
78. Geburtstag Bernadette Kulesa
77. Geburtstag Joachim Marckstadt
73. Geburtstag Werner Kühnel

71. Geburtstag Herbert Becker
68. Geburtstag Dr. Doris Madzek
67. Geburtstag Werner Jahr
66. Geburtstag Marion Kramer
66. Geburtstag Wolfgang Löw

Kriegsgräber mahnen, dass Frieden nicht selbstverständlich ist

Gedenkstunde anlässlich des Volkstrauertages im Magdeburger Rathaus



Aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen, daran erinnerte der Landesvorsitzende des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Dieter Steinecke MdL, im Rahmen der Gedenkstunde zum Volkstrauertag am 17. November im Alten Rathaus der Landeshauptstadt Magdeburg. Für Steinecke sei der Volkstrauertag „jedes Jahr aufs Neue Anlass daran zu erinnern, dass der Frieden in Europa nicht selbstverständlich ist“. Gerade die Kriegsgräber seien „Zeugen und Mahnmale einer glücklicherweise überwundenen blutigen Vergangenheit“. Dennoch gäbe es in der Welt immer noch

Kriege – wie unter anderem in Syrien und Afghanistan.

Die Ansprache zum Auftakt der Gedenkfeier hielt der Präsident des Landesverfassungsgerichts Sachsen-Anhalt, Winfried Schubert. In seiner Rede betonte er unter anderem, dass es am Volkstrauertag nicht allein um Trauer, sondern auch um Versöhnung und um ein gemeinsames Miteinander gehe. Als Leitfaden stellte er ein Zitat des jüdisch-italienischen Schriftstellers und Holocaust-Überlebenden Primo Levi heraus: „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen. Darin liegt der Kern dessen,



was wir zu sagen haben.“ In diesen Worten sieht Schubert das Wesen der Erinnerungsfunktion, die Anlässe wie der Volkstrauertag haben.

Nach der Gedenkstunde im Alten Rathaus trafen sich die Gäste auf dem Westfriedhof wieder. Hier legten neben Vertretern der Landesregierung und des Landtages auch der Beigeordnete Klaus Zimmermann für die Stadt sowie der Kreisvorsitzende der CDU Tobias Krull und der Vorsitzende der Stadtratsfraktion CDU/BfM, Wigbert Schwenke MdL, Kränze nieder. *Andreas Kern*

Zwang zur Haushaltskonsolidierung

In der Vergangenheit haben alle Parteien am Aufbau des Schuldenberges in Sachsen-Anhalt von über 20 Mrd. Euro, sicher in unterschiedlicher Intensität, mitgewirkt. Am sorglosesten sind mit Sicherheit die rot-grüne Koalition (1994-1998) und die SPD-Minderheitsregierung unter starker Beteiligung der heutigen Partei „Die Linke“ mit dem Thema Neuverschuldung umgegangen.

Erst die Regierungen unter Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer haben erste Anstrengungen zur Begrenzung der Neuverschuldung und zur Haushaltskonsolidierung unternommen. Dabei mussten auch unbeliebte

Entscheidungen getroffen werden. Gemeinsam wurden zum Beispiel von CDU, FDP und SPD die damaligen Veränderungen bei der Kinderbetreuung mitgetragen.

In den Koalitionsverhandlungen nach der letzten Landtagswahl wurde der Konsens in dieser Frage von der SPD über den Haufen geworfen und die Rückkehr zur Ganztagsbetreuung für Kinder nicht berufstätiger Eltern durchgesetzt. Diese Maßnahme kostet dem Land mindestens 50 Millionen Euro im Jahr. Hinzu kommen noch die Mehrkosten bei den Kommunen.

Die angestrebten Einsparungen bei den Hochschulen zeigen

die Kehrseite der Medaille und sind sicher diskussionswürdig. Nur die CDU/SPD Koalition hat die Kraft, diese schwierigen Dinge in Eintracht zu gestalten, den Haushalt zu konsolidieren und das Land zukunftsfähig aufzustellen.

Wir müssen sparen und erst nach dem Schuldenabbau kann wieder über Ausgaben geredet werden. Dafür drücke ich beide Daumen. Sollte diese Kernerarbeit im Parteienstreit scheitern, steht die Zukunftsfähigkeit unseres Landes auf dem Spiel und die Leute würden dann sicher nicht mehr an der Wahlurne, sondern mit den Füßen abstimmen.

Hubert Salzborn, Stadtrat



„Schwarze geben Rotes“ – so der Titel der traditionellen Blutspendeaktion der Jungen Union Magdeburg. Am 2. November gaben zahlreiche Mitglieder von JU und CDU einen halben Liter vom roten Lebenssaft. Darunter auch das JU-Kreisvorstandsmitglied Silvio Breitenstein. Ein kleines Jubiläum konnte der CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull „feiern“. Er gab an diesem Tag seine vierzigste Blutspende ab. *Foto: Tobias Krull*

Hintergrund zur Kriegsgräberfürsorge

Am Rande der Landtagssitzung im Oktober 2013 kamen Landtagspräsident Detlef Gürth, Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff, der Kommandeur des Landeskommandos der Bundeswehr Oberst Claus Körbi, der Landesvorsitzende des Volksbundes der Deutschen Kriegsgräberfürsorge (Landesverband Sachsen – Anhalt) Dieter Steinecke sowie die Landtagsabgeordneten Wigbert Schwenke und Jürgen Scharf zusammen, um gemeinsam die Sammlung des Volksbundes zu unterstützen.

Die Haus- und Straßensammlung des Volksbundes war im Zeitraum vom 17.10.2013 – 17.11.2013 (Volkstrauertag). Zu diesem Zeitpunkt waren mehrere hunderte freiwillige Helfer in Sachsen-Anhalt unterwegs gewesen. Jeder Euro zählte.

Seit 1919 kümmert sich der Volksbund um die Kriegsgräber im Ausland. Diese Aufgaben sind noch nicht abgeschlossen. Derzeit wird mit allen Kräften versucht, noch so viele Schicksale wie nur möglich zu klären und den Hinterbliebenen Auskunft über den Verbleib ihrer Toten zu geben.

Kriegsgräberstätten in aller Welt sind sichtbare Zeugnisse dieser schrecklichen Vergangenheit. Es sind die unter dem Schutz des Völkerrechtes stehenden, dauerhaften Ruhestätten für die Menschen, die durch Krieg und Gewaltherrschaft den Tod fanden.

Der Volksbund arbeitet deshalb intensiv mit jungen Menschen und nutzt die Friedhöfe, auch in Sachsen-Anhalt, als Lernorte und als Ausgangspunkt für seine Bildungsarbeit im Bereich der Friedens- und Demokratieerziehung.

Andreas Kern

Bergner: „Zuwanderung der Russlanddeutschen ist Bereicherung“

Der diesjährige 23. Tag der Heimat am 21. September im AMO-Kulturhaus Magdeburg stand unter dem Motto "Kulturerbe, Reichtum und Auftrag". In ihrer Eröffnungsrede wies die Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Elfriede Hofmann, auf die fast 1000jährige Geschichte der verlorenen Landesteile hin. Ihre reiche Kultur sei Bestandteil der europäischen Geschichte, ohne die die Entwicklung der europäischen Zivilisation in all ihren Facetten nicht denkbar sei.

Die Vertreter des Landtages, Markus Kurze (CDU) und Bernhard Rothe (SPD), überbrachten die Grüße ihrer Landtagsfraktionen und das verlesene Grußwort des Innenministers Holger Stahlknecht drückte die Verbundenheit mit den Anliegen des BdV aus.

Der Festvortrag des Parlamentarischen Staatssekretärs und Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung Dr. Christoph

Bergner bildete den Höhepunkt des Heimattages. Bergner ging auf die Geschichte der Ansiedlung der Deutschen in Osteuropa ein und unterstrich, dass sie stets die Gerufenen waren und ihren Anteil an der progressiven Entwicklung ihrer Gastländer hatten. Es sei eine nicht zu fassende Tragik, dass diese positive Entwicklung mit dem Ende des 2. Weltkrieges ihr Ende fand und zu Flucht und Vertreibung von in der Welt einmaligen Ausmaßen und zu millionenfachem Mord und Totschlag führte, nur auf Grund der deutschen Volkszugehörigkeit, sagte Bergner.

Man könne es mit Recht als die größte Leistung der Deutschen nach dem Krieg sehen, dass es ihnen gelang, neben dem Aufbau ihres zerstörten Landes die Integration von 12 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen zu bewältigen, obwohl sie durchaus nicht immer willkommen waren.

Nach der Friedlichen Revolu-

tion habe dann eine neue Welle der Einwanderung aus Osteuropa Deutschland erreicht. Es waren jene Deutschen, die nach dem Krieg in ihrer alten Heimat verblieben waren und unter schwierigen Bedingungen und vielfacher Diskriminierung als Deutsche leben mussten. Da ihnen der Gebrauch ihrer Muttersprache verboten war, konnten sie nur sehr eingeschränkt ihre überkommene Kultur pflegen. Deshalb sind bis jetzt vier Millionen Auslandsdeutsche in das Land ihrer Väter eingewandert.

Auch sie seien nicht immer willkommen gewesen, aber es war wieder die Aufgabe der Deutschen ihren neuen Landsleuten die Integration zu erleichtern. Christoph Bergner versicherte, dass es nicht an der Unterstützung der Bundesregierung gefehlt habe und auch in Zukunft nicht fehlen wird. Denn diese Zuwanderung stellt eine Bereicherung unseres demo-

grafiegeplagten Volkes dar, denn schließlich entsprechen allein die bis jetzt schon aufgenommenen 2,3 Millionen Russlanddeutschen der Bevölkerungszahl ganz Sachsen-Anhalts.

Doch darüber hinaus versicherte Dr. Bergner, dass auch die weiterhin in ihrer alten Heimat bleibenden Deutschen Anspruch auf die Solidarität Deutschlands hätten. Wir sind also aufgerufen, diesen Landsleuten, die oft immer noch unter schwierigen Bedingungen leben müssen, alle mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen, damit sie ihre Muttersprache und überkommene Kultur pflegen können.

Bergner sprach sich ebenfalls dafür aus, dass die Geschichte der Deutschen im verlorenen Ostdeutschland sowie Ost- und Südosteuropas in unseren Schulen Bestandteil des Unterrichts unserer Jugend wird.

Rudolf Evers

Löwen- und Ottostadt weiter eng verbunden

Die enge Verbundenheit der CDU-Kreisverbände Braunschweig und Magdeburg lässt sich immer wieder erleben.

So besuchte eine Delegation der CDU-Braunschweig Ende August Magdeburg. Zum Programm zählte auch die Besichtigung der Gedenkstätte Moritzplatz, die an die Schrecken des DDR-Unrechtsstaates erinnert. Geführt wurden die Gruppen unter anderem vom Ehrenstadtrat Johannes Rink (im Foto 2. von links), der selbst Opfer des DDR-Unterdrückungsapparates wurde. Natürlich wieder dabei die beiden Braunschweiger Urgesteine der Partnerschaft, Angelika Fietzke-Hollbach und Rainer Fietzke.

Nur wenige Tage später wurde die Unterstützung aus

Braunschweig erneut ganz praktisch demonstriert. So übergaben Vertreter der CDU der Löwenstadt, u.a. die Braunschweiger Bürgermeisterin Friederike Halfinger, eine Spende an den Magdeburger Verein „Hilfe für Helfer in Not – Polizei-Feuerwehr-Rettungsdienst“, vertreten durch dessen Vorsitzenden Stefan Perlbac, in der Höhe 500 Euro.

Auf Initiative des Vorsitzenden des CDU-Ortsverbandes Magdeburg-Nord und Stadtrates Daniel Kraatz kamen die in Braunschweig gesammelten Spenden diesem Zweck zugute. Neben weiteren Spenden wurden diese Mittel u.a. dazu verwendet, den selbst vom Hochwasser betroffenen Kameradinnen und



Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Rothensee finanzielle Hilfe zukommen zu lassen.

Der bei beiden Terminen anwesende CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull dankte den Parteifreunden aus Braunschweig für die lange und intensive Zusam-

menarbeit. Insbesondere für die mittlerweile schon 23jährige Partnerschaft zwischen den CDU-Ortsverbänden Südstadt/Lindenberg/Elmaussicht (BS) und dem bereits erwähnten Ortsverband Magdeburg-Nord.

red.

Auf Anregung ihres bildungspolitischen Sprechers Stadtrat Gunter Schindehütte besuchten die Mitglieder der Fraktion CDU/Bund für Magdeburg im Stadtrat Mitte September die Hugo-Kükelhaus-Schule in Neu-Reform. Geführt durch den Schulleiter Wolfram Stäps erhielten die Anwesenden, darunter der Fraktionsvorsitzende Wigbert Schwenke Mdl., einen Einblick in die Arbeit dieser Schule. Hier werden Schülerinnen und Schüler unterrichtet, die teilweise schwerste und mehrfache Behinderungen haben. Die Unterrichtsbedingungen haben sich zuletzt durch die umfangreiche Sanierung im Rahmen eines PPP-Paktes nochmals deutlich verbessert. So gibt es ein eigenes Therapiebecken, um verschiedene Wassertherapien mit den Kindern bzw. jungen Menschen durchzuführen. Das gesamte Team der Schule verdient für seine Leistungen großen Respekt und Anerkennung, so die einhellige Meinung der Besuchergruppe. Der Besuch erfolgte im Rahmen der Reihe „Fraktion vor Ort“, bei dem die Mitglieder der Ratsfraktion das Gespräch mit den Akteuren bzw. Bürgern in deren unmittelbarer Lebens- und/oder Arbeitsumgebung suchen.

Tobias Krull/Foto: Jana Lesniak

Fraktion vor Ort in der Hugo-Kükelhaus-Schule



MIT-Grünkohlessen mit Prof. Dr. Birgitta Wolff



Anfang November folgte die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT) Magdeburg einer langjährigen Tradition und lud zum Grünkohlessen in das Plaza-Hotel ein. Dem Anlass entsprechend hielt Prof. Dr. Birgitta Wolff eine Rede verbunden mit einem Ausblick auf das kommende Jahr.

Mit 30 Gästen feierten wir den erfolgreichen Jahresabschluss. Neben der Begrüßung zahlreicher neuer Mitglieder konnten wir ebenso auf viele erfolgreiche Veranstaltungen zurückblicken. Die Planungen für das nächste Jahr stehen bereits. Es werden die Kooperationen mit den benachbarten

Regionen vertieft und einige Großveranstaltungen durchgeführt. Als erste Veranstaltung des neuen Jahres wird der Wirtschaftsstammtisch am ersten Dienstag im Februar, 04.02.2014, wieder zum gemeinsamen Netzwerken einladen.

*André Nollmann
MIT-Kreisvorsitzender*



Mehr als 6.000 Menschen kamen zum Höhepunkt des Bundestagswahlkampfes auf den Alten Markt, um Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 17. September bei ihrem Auftritt in der Landeshauptstadt zu erleben. Gemeinsam mit Unionsvertretern aller politischen Ebenen warb sie in ihrer Rede um beide Stimmen für die CDU bei der anstehenden Wahl. Sicher eine Veranstaltung, die allen Teilnehmern lange in Erinnerung bleiben wird.

Foto: Manuel Rupsch

Bärbel Bühnemann und Wolfgang Stein geehrt

Auf Vorschlag der Fraktion CDU/Bund für Magdeburg wurden die beiden CDU-Mitglieder Bärbel Bühnemann und Wolfgang Stein für ihr ehrenamtliches Engagement durch die Landeshauptstadt geehrt. Beide wurden als verdienstvolle Einwohner ausgezeichnet.

Bärbel Bühnemann, die auch Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes Neustadt ist, ist unter anderem eine der Hauptstützen bei der Organisation des Gangs des Magdeburger Rechts. Bei diesem werden Grundschüler mit dem Teil der Magdeburger Stadtgeschichte vertraut gemacht. Daneben ist sie auch im kirchlichen Ehrenamt sehr aktiv.

Als Vorsitzender der Bürgerstiftung Magdeburg ist Wolfgang Stein normalerweise derjenige, der andere in ihrer Arbeit zu Gunsten des Gemeinwesens unterstützt. Außerdem ist er im Verein MENSA aktiv, der weltgrößte Verein für hochbegabte Menschen.

Beide stehen dafür, dass sich CDU-Mitglieder für die Gemeinschaft und das Gemeinwesen engagieren. Herzlichen Dank an sie und alle anderen ehrenamtlich Aktiven.

Tobias Krull

Erste Besuchergruppe im Deutschen Bundestag begrüßt

Ende November statteten rund 90 Führungskräfte des Personaldienstleisters ARWA dem Bundestagsabgeordneten Tino Sorge im Berliner Reichstag einen Besuch ab. Eine Premiere für den Magdeburger.

Gesprächsthemen waren vor allem der Stand der Koalitionsverhandlungen sowie aktuellen Herausforderungen der Zeitarbeit.

„Dies soll der Anfang von zahlreichen Besuchergruppen sein, mit denen ich auch hier ins Gespräch kommen möchte. Ich lade gern interessierte Bürgerinnen und Bürger ein, mich im Deutschen Bundestag zu besuchen“, so Tino Sorge.

Anfragen werden gern durch Antje Wimpler, Leiterin des Berliner Büros unter Tel. 030/227-77-410 entgegengenommen.



Das moderne Café im ältesten Gebäude der Stadt bietet Feines aus der Konditorei Kaffeehaus - Köhler und handwerkliche Kaffeespezialitäten – la vie est belle!

Café Tart
Kloster Unser Lieben Frauen
Regierungsstraße 4-6
39104 Magdeburg
www.cafe-tart.de





Die Weihnachtszeit und die Tage rund um Neujahr sind nicht nur der Familie und Freunden gewidmet. Vielfach wird auch die Gelegenheit genutzt, um auf das zu Ende gehende Jahr zurückzublicken. Als Magdeburger CDU können wir dies mit Zufriedenheit und Dankbarkeit tun. Daher möchten wir die Gelegenheit wahrnehmen, um uns bei Ihnen für ihre vielfältige Unterstützung zu bedanken.

Lassen Sie uns gemeinsam die Herausforderungen des kommenden Jahres angehen. Denn der Erfolg braucht viele Mütter und Väter.

Ihnen und ihren Lieben wünschen wir eine frohe und gesegnete Advents- und Weihnachtszeit sowie ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2014.

Tobias Krull

Tobias Krull
CDU-Kreisvorsitzender

Doris Memmler

Doris Memmler
CDU-Kreisgeschäftsführerin

